

DIE ZEIT

(Österreich-Ausgabe, Nr. 8/22 vom 17. Februar 2022, S. 20)

»Warten wir auf den nächsten Amoklauf, oder handeln wir schon früher?«

In Österreich ist es besonders leicht, legale Schusswaffen zu erwerben, kritisiert ROMAN GRAFE. Das hat sich europaweit bereits herumgesprochen, wie zuletzt der Amoklauf an der Universität Heidelberg gezeigt hat. Ein Gastbeitrag.

Erinnert sich noch jemand an den Amoklauf an der Universität Heidelberg Ende Januar? Ein 18-jähriger Student tötete eine 23-jährige Kommilitonin mit einem Schuss in den Kopf. Er verletzte drei weitere Studenten und erschoss schließlich sich selbst – mit einer in Österreich frei verkäuflichen und legal erworbenen Waffe.

Bei der Gedenkstunde in der Heidelberger Peterskirche eine Woche später sagte der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU): »Die brutale Gewalttat erfüllt uns heute noch (sic!) mit tiefer Trauer und mit Fragen: Fragen nach dem Warum.« Und natürlich jener, »ob wir sie nicht hätten verhindern können«. An anderer Stelle sagte er: »Geschehnisse wie in Heidelberg lassen uns stets geschockt und ratlos zurück.«

Ratlos? Man muss sich schon taub stellen, um die jahrelangen Forderungen nach wirksamen Verschärfungen des Waffenrechts zu überhören. In Deutschland etwa nach den Sportschützen-Massakern in Erfurt 2002, Winnenden 2009 und Hanau 2020. Und auch in Österreich.

Im Sommer 2003 tötete ein 20-Jähriger am Stadtrand von Lindau mit einem Schuss durchs offene Fenster seine 15-jährige Freundin in ihrem Bett. Die Tatwaffe: eine Schrotflinte, die der Täter in Bregenz frei erworben hatte. Fast zwei Jahrzehnte, bis zum Amoklauf in Heidelberg, ließen die politisch Verantwortlichen in Österreich und Deutschland tatenlos vergehen. Dabei hatte der *Stern* bereits 1995 bemerkt: »Findige österreichische Waffenhändler haben sich schon vor Jahren auf die deutsche Kundschaft eingerichtet; ihre Geschäfte liegen, wie auf einer Perlenschnur aufgereiht, längs der Grenze.«

Warnungen und Kritik am österreichischen Waffenrecht gab es genug. »Warten wir auf einen ähnlichen Amoklauf, oder handeln wir schon früher?«, fragte 2007 die Linzer Anwältin Maria Navarro, die im März 1995 beim Amoklauf im Bezirksgericht Linz-Urfahr schwer verletzt worden war. Der Täter Rudolf K. hatte einst legal Waffen erworben und mit seiner Beretta-Pistole fünf Menschen erschossen. »Bis heute kann in Österreich praktisch jeder eine Waffe besitzen«, konstatierte Maria Navarro, die 1997 den Verein »Waffen weg!« gegründet hatte.

Das Morden mit legalen Waffen ging nach dem Massaker im Bezirksgericht weiter,

Jahr für Jahr. »Tragische Einzelfälle« – dutzendfach. 1997 erschoss in der Hauptschule Zöbern ein Schüler eine Lehrerin mit einem legal erworbenen Revolver. Im gleichen Jahr folgte der Amoklauf eines Sportschützen in Mauterndorf – sechs Tote. 1999 ein Massaker in Straßwalchen: vier Tote, davon drei Kinder. Solche Blutbäder könnten »durch ein Waffenverbot nicht verhindert, aber zumindest erschwert werden«, erklärte der stellvertretende Salzburger Landeshauptmann Gerhard Buchleitner (SPÖ). »Jedes einzelne Leben, das gerettet werden kann, ist kostbarer als das Recht, eine Waffe zu besitzen.«

Das Gesetz blieb unverändert lasch. Auch nach dem Massaker in Schildberg 2016 mit einer Walther-Pistole: fünf Tote, davon drei Kinder. In Kitzbühel erschoss ein junger Mann 2019 fünf Menschen mit einer ebenso legal erworbenen Waffe.

In Österreich hat jeder »unbescholtene Bürger« ab dem 21. Lebensjahr das Recht, innerhalb des eigenen Anwesens zur Selbstverteidigung Pistolen, Revolver und halb automatische Gewehre zu besitzen. Die dafür erforderliche Waffenbesitzkarte bekommt man auch als Sportschütze, Jäger oder Waffensammler. Inhaber eines Waffenpasses dürfen die genannten Waffen sogar in der Öffentlichkeit tragen.

Derzeit besitzen laut Innenministerium in Österreich über 300.000 Bürger mehr als eine Million genehmigungspflichtige Schusswaffen. Seit der Flüchtlingskrise 2015 haben sich noch mal auffallend mehr Österreicher bewaffnet.

Büchsen und Flinten, die nach jedem Schuss händisch nachgeladen werden müssen, dürfen volljährige EU-Bürger in Österreich (anders als in Deutschland) völlig problemlos erwerben, ohne Waffenbesitzkarte. Obwohl solche Waffen ebenfalls tödlich wirken und in der Vergangenheit nicht nur in Österreich unzählige Menschen damit ermordet wurden.

Dass sich auch Schrotflinten für Amokläufe eignen, ist längst bekannt: So geschehen etwa 2010 in der nordenglischen Grafschaft Cumbria. Oder 1999 in der Columbine High School in Colorado und 2016 in der Community School in La Loche (Kanada). Oder bei den Legalwaffen-Schulmassakern 2018 in Kertsch (Krim) und 2021 im russischen Kasan – mit insgesamt 29 Todesopfern, überwiegend Schülern.

2018 wollte ein 18-Jähriger in Mistelbach an seiner ehemaligen Schule ein Blutbad anrichten. Zuvor hatte er in einem Waffengeschäft ganz legal eine Flinte samt 25 Schrotpatronen gekauft. Einen Schüler verletzte er schwer, eine Ladehemmung verhinderte das geplante Massaker.

Es hat sich herumgesprochen: »Jeder, der Amok laufen will, kommt ganz einfach in Österreich an Waffen«, kommentierte kurz nach dem Mord an der Uni Heidelberg ein Leser der Tageszeitung *Der Standard*. Ganz einfach – das wusste auch der Täter, der in der Woche zuvor bei einem Waffenhändler in Wien unter Angabe einer österreichischen Wohnadresse legal eine Schrotflinte und eine Büchse für rund 2000 Euro

gekauft hatte. Der junge Mann brachte die Mordwerkzeuge ohne die obligatorische Genehmigung einer deutschen Waffenbehörde über die Grenze. Am 24. Januar fuhr er mit dem Taxi zur Heidelberger Uni, im Biologie-Hörsaal erschoss er die 23-jährige Studentin und verletzte drei andere. Er hätte weiter morden können, Munition hatte er reichlich.

Die daraufhin erwarteten »heftigen Debatten zur freien Verkäuflichkeit solch tödlicher Schusswaffen in Österreich« (*Heute*) blieben aus, abgesehen von ein paar vereinzelt Stimmen. Lag es an der »niedrigen Opferzahl«?

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) forderte schärfere Regeln für den legalen Waffenerwerb im Ausland. Er sei entsetzt, wie leicht es immer noch sei, in Europa an Waffen zu kommen. Der Obmann der Grünen im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, Marcel Emmerich, sprach sich für eine Verschärfung der EU-Feuerwaffenrichtlinie aus. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sollte sich in der Runde der EU-Innenminister dafür einsetzen. Wenn jemand im Nachbarland legal Waffen und Munition kaufen könne, um dann schwer bewaffnet in seinem Heimatland Menschen zu töten, gebe es ganz klar Handlungsbedarf.

Der bayerische Innenminister und Sportschütze Joachim Herrmann (CSU) konterte, aus dem Heidelberger Fall könne keine Notwendigkeit abgeleitet werden, das deutsche Waffenrecht zu verschärfen.

Kurz nach den Anschlägen in Paris 2015 hatte unsere Initiative »Keine Mordwaffen als Sportwaffen!« festgehalten: »Die europäischen Waffengesetze sind überwiegend lasch.« Die dann 2017 vom EU-Parlament letztlich beschlossene Pseudo-Verschärfung des Waffenrechts war – zumindest im Bereich der tödlichen privaten Legalwaffen – eine weitere Beruhigungsspiel fürs Volk, erklärten wir damals.

Wäre das Waffenrecht in der EU, einschließlich Österreich und Deutschland, wie gefordert verschärft worden, wäre auch der Amoklauf in Heidelberg so nicht möglich gewesen. Österreich wehrte sich während der Novellierung des EU-Waffenrechts zunächst selbst gegen eine Registrierung von Schrotflinten, ganz zu schweigen von einer Genehmigungspflicht. Als die EU-Kommission 2016 zumindest private halb automatische Sturmgewehre verbieten wollte, lief auch der ÖVP-Delegationsleiter Othmar Karas dagegen Sturm: »Traditionsvereine, Jäger, Sportschützen, Museen und Sammler dürfen nicht kriminalisiert werden!«, betonte Karas in Brüssel. »Österreich hat ein bewährtes Waffengesetz.«

Die österreichischen Grünen hatten bereits nach den Amokläufen in Linz, Zöbern und Mauterndorf 1997 für ein generelles Verbot privater Schusswaffen gekämpft. Die ÖVP nannte es eine »völlig unnötige Diskussion« und warnte vor der »Dämonisierung der Waffen«. Die grüne Justizsprecherin Terezija Stoisits forderte damals: »Die Waffennarren im Parlament werden ihre sture Haltung ändern müssen – oder sie sollten ihren Job wechseln.« Das Gleiche gilt offensichtlich für jene deutschen Politiker,

die wirksame Waffenrechtsverschärfungen seit Jahren verhindern.

»Wir sind bei Ihnen – und nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten«, versprach Innenminister Thomas Strobl der Trauergemeinde in der Heidelberger Peterskirche. Was wird den Worten diesmal folgen? Warten wir weiter auf einen ähnlichen Amoklauf, oder handeln wir schon früher? Vorerst geht das Morden ungehindert weiter.

Roman Grafe ist Buchautor sowie Filmemacher und Sprecher der Initiative »Keine Mordwaffen als Sportwaffen!«.

Siehe:

<https://www.zeit.de/2022/08/waffenbesitz-erwerb-oesterreich-amoklauf/komplettansicht>

Siehe auch:

N-TV

Legale Waffen aus Österreich

Das Morden geht immer weiter

Von Roman Grafe

20.02.2022, 13:59 Uhr

Auch nach dem Legalwaffen-Amok in der Heidelberger Universität wird das Waffenrecht absehbar nicht wirksam verschärft. Die Politik steckt seit Jahren in einer Wiederholung von Blockade und Krokodilstränen.

https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Das-Morden-geht-immer-weiter-article23138605.html